

## 16'000 Haushalte stundenlang ohne Strom

**Berner Oberland** Der Blackout reiht sich ein in eine ganze Kette ähnlicher Ereignisse in der Region.

Grosse Teile des Berner Oberlands waren gestern während Stunden ohne Strom. Vom Ausfall betroffen waren rund 16'000 Haushalte, die normalerweise von der BKW und von lokalen Energieanbietern versorgt werden. In den Gemeinden Kandergrund, Frutigen, Adelboden, Reichenbach im Kandertal, Kandersteg und Kiental ging ab 10.45 Uhr nichts mehr.

Monteure der BKW konnten mehrere beschädigte Installationen ersetzen und gegen 13 Uhr die Unterstationen Frutigen und Kandergrund wieder ans Netz anschliessen, wie das Unternehmen am Abend mitteilte. Damit erhielten rund drei Viertel der betroffenen Kundinnen und Kunden nach zwei Stunden wieder Strom. In Adelboden sowie einigen Gebieten auf der Lenk es allerdings bis nach 17 Uhr, bis alles wieder funktionierte.

«Die Ursache für den Stromausfall wird im Moment untersucht», schreibt die BKW. Am Anfang standen gemäss der Mitteilung Probleme mit zwei Leitungen, die von Lenk und von Frutigen nach Adelboden führen.

### 600 Personen mit Helikoptern vom Berg geholt

Für gut 600 Wintersportlerinnen und Wintersportler, die einen der letzten Tage der Wintersaison auf der Engstligenalp genossen wollte, bedeutete der Blackout, dass sie unverhofft zu einem gratis Helikopterflug kamen. Wie Bruno Riesen, der am 1. Mai die Geschäftsleitung der Engstligenalp-Bahnen antritt, auf Anfrage sagte, flogen drei Unternehmen mit vier Helis die Menschen bis kurz vor 17 Uhr ins Tal. Zudem musste die Gondel, die bergwärts unterwegs war als der Strom ausfiel, mit dem Dieselmotor der Bahn zurück ins Tal gefahren werden.

Der gestrige Stromausfall reiht sich ein in eine ganze Kette ähnlicher Ereignisse im Berner Oberland: Am Freitagabend kam es in Interlaken, einem Grossteil von Unterlaken und der Gemeinde Matten zu einem Teil-Blackout. Im November, Dezember und Januar fiel zwischen Spiez und Heimberg mehrmals der Strom aus. (SZ, BZ, SDA)

ANZEIGE

**SICHERN WIR GEMEINSAM UNSERE STROMVERSORGUNG!**

**JA** AM 9. JUNI ZUM STROMGESETZ

ALLIANZ FÜR EINE SICHERE STROMVERSORGUNG  
STROMGESETZ-JA.CH



Zu Monatsbeginn gabs Post aus der Konzernzentrale: In den 825 Valora-Kiosken und 230 Avec-Läden gilt jetzt ein «Abspielverbot». Foto: Christian Beutler (Keystone)

**Nadja Pastega**

Anfang April brachte der Kiosk-Konzern Valora das Personal auf Linie. Er verschickte ein Schreiben an die «geschätzten Agenturpartner\*innen». Titel: «Kein Abspielen von Musik und/oder Fernsehprogrammen in den Verkaufsstellen von Valora». Zum Verkaufsnetz von Valora gehören 825 Kioske und 230 Avec-Läden. Das «Abspielverbot» diene der «Sicherstellung eines einheitlichen Auftretens der Valora-Marken» und gelte unabhängig von der Art des Wiedergabegeräts, also «für Telefone, Radio und Computer».

«Mehr als die Hälfte unserer Retail-Verkaufsstellen befinden sich an hochfrequentierten Bahnhöfen oder sind offene Schalterkioske ohne Verkaufsraum», sagt eine Valora-Sprecherin. Zugunsten «eines einheitlichen Einkaufserlebnisses» habe man vor einiger Zeit entschieden, «die Verkaufskonzepte flächendeckend ohne Hintergrundmusik im Laden zu gestalten.» Alle Verkaufsstellen würden «ausdrücklich dazu angehalten», keine Musik, Audioinhalte oder Fernsehprogramme abzuspielen. So auch mit dem aktuellen Schreiben. Die Direktive betreffe alle Inhalte, «die für die Kunden und Kundinnen hör- bzw. sicht- oder sichtbar sind.»

In ihrem Schreiben gibt die Valora den Tarif durch: Falls die Suisa – eine private Genossenschaft, die schweizweit die Urheberrechte von Musikern und Verlegern vertritt – oder eine andere zuständige Behörde bei einer

## Kiosk-Angestellte dürfen keine Musik mehr hören

**Ruhe in Geschäftsräumen** Mitarbeitern von Valora ist es neu verboten, Sound abzuspielen – auch auf dem eigenen Handy. Die Suisa könnte sonst Gebühren kassieren.

Kontrolle Verstösse gegen das Abspielverbot feststellen würde, «tragen Sie als Agenturpartner die Verantwortung für etwaige Gebührenrechnungen und Bussen».

### Musikverbot sorgt bei Personal für Konsternation

Zur Entschädigung von Interpreten und Komponisten hat die Suisa den Tarif 3a geschaffen: «19.80 Franken pro Monat und Standort, wenn die beschaltete Fläche maximal 1000 Quadratmeter beträgt», sagt Suisa-Chef Andreas Wegelin. Das macht jährlich 237.60 Franken. «Wenn Kunden mithören, ist diese Vergütung geschuldet, egal von welchem Gerät die Musik stammt.» Also auch dann, wenn Kioskmitarbeitende auf ihrem eigenen Handy Songs abspielen – falls das für die Kundschaft, die vor der

Theke steht, wahrnehmbar ist. Für die Suisa gilt das als «Hintergrundmusik» in Geschäftsräumlichkeiten. Die Gebühren werden auch dort fällig, wo man es nicht erwarten würde: Meditationskurse mit Entspannungsmusik, Gedudel in Warteschleifen von Hotlines, im Coiffeursalon oder Aerobic-Studio.

Aber damit nicht genug: Einem Kleinunternehmer flatterte ein Brief samt Zahlungsaufforderung ins Haus. Begründung: Er stelle in seinen Geschäftsfahrzeugen Radioempfang zur Verfügung. Dafür brauche es eine Suisa-Lizenz. Nur der private Gebrauch sei lizenzfrei. «Privat» sei laut Gesetz nur die Nutzung «im engen Freundes- oder Verwandtenkreis» oder wenn während der Arbeit Musik mit dem persönlichen Gerät abgespielt werde – «mit Kopfhörer».

Das Musikverbot von Valora und das Abwälzen allfälliger Gebühren auf das Personal sorgt bei vielen für Konsternation, die stundenlang hinter einem Tresen stehen. «Ein Witz», sagt eine Kioskfrau aus einer Zürcher Gemeinde. «Jetzt darf ich auf meinem Handy keine Musik abspielen, weil da jemand mithören könnte – ich kann ja keinen Kopfhörer aufsetzen, wenn ich Kundschaft bedienen muss.»

### Zürcher Buschauffeure dürfen Musik hören

Während Valora den Mitarbeitenden die Musik abdreht, ist es den Buschauffeuren der Zürcher Verkehrsverbände (VBZ) erlaubt, im Führerstand Sound zu hören – dies im Rahmen eines Pilotprojekts namens Play. «Es geht darum, dass einzig der Fahrer beziehungsweise die Fahrerin für sich in gedämpfter Lautstärke Musik beim Fahren hören kann», sagt eine VBZ-Sprecherin. «Dass Fahrgäste, die direkt hinter der Führerkabine im Bus sitzen, Musikfetzen mitbekommen, ist unvermeidlich. Nach unserer Einschätzung ist dafür keine Suisa-Lizenz nötig, noch fallen entsprechende Gebühren an.»

Das sieht Suisa-Chef Andreas Wegelin anders: «Die VBZ stehen als Arbeitgeber hinter dem Pilotprojekt Play, bei dem Musik für die Chauffeure im Dienst wieder gegeben wird. Es handelt sich hier nicht um Privatgebrauch.» Mit anderen Worten: Es kostet. Der Preis, stellt die Suisa in Aussicht, werde am Schluss wie bei den Verkaufsgeschäften eine Pauschale sein.

# «Neue Verträge mit der EU sind für viele KMU sehr wichtig»

**Gewerbeverbandspräsident** Fabio Regazzi sagt, der Gewerbeverband werde nach dem Abgang des SVP-nahen Direktors Hans-Ulrich Bigler künftig EU-freundlicher und mehr Kompromisse bieten. Zudem will der Tessiner Jäger 90 Prozent der Wölfe abschiessen.

**Mischa Aebi** und **Adrian Schmid**

Herr Regazzi, wird der Gewerbeverband nach dem Abgang von Direktor Hans-Ulrich Bigler mit seinem provokativen Kurs weiterfahren? Inhaltlich werden wir hart bleiben. Ich gehe aber davon aus, dass der neue Direktor Urs Furrer, der im Mai seine Stelle antritt, eigene Akzente setzen wird. Befürchten Sie nicht, dass der Verband ohne einen Direktor, der Kante zeigt, weniger Aufmerksamkeit erhält und an Bedeutung verliert? Nein. Es stimmt zwar tatsächlich, Herr Bigler hat mit seinem Stil und seiner Persönlichkeit den Gewerbeverband bekannter und sichtbarer gemacht. Wir haben ihm viel zu verdanken. Doch jetzt kennt man uns, der SGV ist politisch etabliert, nun können wir im Stil etwas gemässiger werden.

Was heisst gemässiger? Das Gewerbe hat unterschiedliche Sensibilitäten und steht für Offenheit und Vielfalt. Das soll der Verband auch abbilden. Sprechen wir es aus: Bigler war ein SVPler und deshalb aus Prinzip gegen das EU-Rahmenabkommen. Das sahen im Verband nicht alle so. Wie Herr Bigler persönlich tickt, müssen Sie ihn schon selbst fragen.

Der Gewerbeverband hatte aber an vorderster Front gegen das Rahmenabkommen gekämpft und geholfen, es zu beerdigen. Dazu muss man doch nicht Herrn Bigler fragen. Halt, unser Verband hat das Rahmenabkommen nicht beerdigt. Wir hatten unsere Position kundgetan. Aber am Ende hat der Bundesrat die Verhandlungen abgebrochen. Aber der Verband war damals sehr kritisch. Das bestreiten Sie wohl nicht.

Nein, das bestreite ich nicht. Gibt es jetzt einen Richtungswechsel im Verband? Ja, es gibt zwar im EU-Dossier nach wie vor kritische Punkte. Doch wir werden künftig stärker gewichten, dass neue Verträge mit der EU für viele KMU sehr wichtig sind. Was heisst das? Man vergisst gern, dass nicht nur die grossen Konzerne, sondern auch etwa 40 Prozent der KMU exportorientiert sind. Wenn wir die alten Verträge mit der EU erodieren lassen, statt sie zu erneuern, werden Exporte in den EU-Raum immer schwieriger. Allerdings kritisieren viele auch den neuen Anlauf der Regierung. Sind Sie zuversichtlich, dass der Bundesrat jetzt mit der EU ein für die Gewerler akzeptables Vertragspaket aushandelt? Ja, ich bin zuversichtlich. Ich glaube, dass die Chancen intakt sind, dass wir neue EU-Verträge bekommen. Aber klar, am Schluss wird das Volk entscheiden.

Viele KMU machen sich aber grosse Sorgen, dass nach einer Erneuerung der EU-Verträge dann Firmen aus dem Ausland in der Schweiz Lohndumping betreiben. Blendet Sie die Sorge jetzt einfach aus? Nein. Wenn die Löhne in der Schweiz nicht mehr genügend geschützt sind, droht tatsächlich Lohndumping. Und das wollen wir auf keinen Fall. Deshalb wird



Lehnt die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ab: Gewerbeverbandspräsident Fabio Regazzi. Foto: Stephen Kelly

«Was die Gewerkschaften zurzeit machen, grenzt an Erpressung»

der Gewerbeverband nur zustimmen, wenn der Lohnschutz zu 100 Prozent gewährleistet ist. Sonst würden EU-Firmen mit Billigarbeitern zum Beispiel Küchenbauer oder Bauunternehmen in der Schweiz verdrängen. Wie wollen Sie dieses Problem lösen? Die EU wird bei der neuen Spesenregelung, die hiesige Firmen krass benachteiligen würde, der Schweiz kaum eine Extrawurst gewähren. Wir werden sehen. Sie müssen wissen, die Spesenregelung ist auch unter EU-Mitgliedern stark umstritten. Es gibt aber andere Punkte, bei denen wir durchaus zu Kompromissen bereit sind, weil der Lohnschutz nicht gefährdet würde. Ein Beispiel: Die Verkürzung der Voranmeldefrist für Firmen, die Aufträge in der Schweiz erledigen wollen, ist durchaus verhandelbar. Denn mit modernen digitalen Mitteln kann man die Firmen aus dem Ausland auch mit einer kürzeren Vorlaufzeit überprüfen. Dann müssen Sie jetzt noch die Gewerkschaften von solchen Kompromissen überzeugen. Sind Sie da auch so zuversichtlich? Im Moment leider nicht. Was die Gewerkschaften zurzeit machen, grenzt an Erpressung. Für sie steht zwar wie bei uns fest, dass der Lohnschutz nicht geschwächt werden darf. Doch die Gewerkschaften sagen jetzt,

dass sie den EU-Verträgen nur zustimmen, wenn der Bundesrat mehr Gesamtarbeitsverträge und mehr Mindestlöhne durchsetzt. Das eine hat doch mit dem anderen nichts zu tun. Diese Drohung ist dreist. Ist der Lohnschutz tatsächlich der einzige Punkt, den der Gewerbeverband noch kritisiert bei den laufenden Verhandlungen mit der EU? Natürlich gibt es noch andere Punkte. Wir sind zum Beispiel unglücklich darüber, dass nach wie vor der Europäische Gerichtshof bei der Streitschlichtung zwischen der Schweiz und der EU eine Rolle spielen wird. Das wird leider nicht ganz zu verhindern sein. Da müssen wir zu einem gewissen Grad Hand bieten. Es muss auch sichergestellt werden, dass mit den neuen EU-Verträgen die Sozialwerke nicht von EU-Bürgern unterwandert

### Ständerat und CEO

Fabio Regazzi ist ein Tessiner Politiker und Unternehmer. Bis 1999 führte er eine Anwaltskanzlei in Locarno, dann stieg er in das Industrieunternehmen seiner Familie ein. Der 62-Jährige ist jetzt CEO der Firma. In Bern vertrat er die Tessiner zuerst als Nationalrat und seit letztem Jahr als Ständerat. Seit 2020 ist er Präsident des Gewerbeverbandes.

werden. Doch wir haben hier keine grundsätzlichen Einwände mehr. Wie schlimm wäre es eigentlich für das Gewerbe, wenn die Vertragsverhandlungen mit der EU definitiv scheitern? Viele exportorientierte KMU dürfte es hart treffen, nicht unbedingt von heute auf morgen. Aber mit der Zeit würde die Auslieferung von Gütern in die EU immer komplizierter, weil fortlaufend Abkommen erneuert werden müssten, aber nicht mehr dürften. Immer mehr Normen und Vorschriften wären nicht mehr kompatibel, was den Export erschweren oder gar unwirtschaftlich machen würde. Es ist in der Folge auch damit zu rechnen, dass Firmen abwandern würden. Letztlich führt das auch zu einer Einbusse unseres Wohlstands.

Die Exporte sind das eine. Wie stark ist das Gewerbe auf Fachkräfte aus der EU angewiesen? Da mache ich mir grosse Sorgen. Wir haben meines Erachtens nicht nur einen Fachkräftemangel, sondern einen generellen Mangel an Arbeitskräften. Ich spüre das selbst in meiner Firma. Seit Monaten suchen wir einen Buchhalter. Sie können sich nicht vorstellen, wie schwierig das ist. Zum Glück haben wir im Tessin die Möglichkeit, auch ennet der Grenze in Italien Ausschau zu halten.

Gerade im Tessin ärgern sich aber viele Leute über die zahlreichen Grenzgänger. Das stimmt. Diese Leute wollen nicht einsehen, dass unser Kanton ohne Grenzgänger in grosse Schwierigkeiten käme. Einige Branchen wie das Baugewerbe, Spitäler und Altersheime könnten schliessen. Und ich glaube, dass die Probleme in Zukunft noch grösser werden.

Was halten Sie denn von der SVP-Initiative, welche die Zuwanderung begrenzen will? Die Initiative lehne ich ab. Es ist falsch, in der Verfassung festzuschreiben, dass die Schweizer Bevölkerung vor dem Jahr 2050 nicht auf 10 Millionen steigen darf. Solche starren Regeln sind unvernünftig. Die Zuwanderung ist aber ein heisses Thema. Sie hat den Druck auf unsere Infrastruktur und die Sozialwerke erhöht. Die SVP hat zumindest eine wichtige Debatte angestoßen. Jetzt beklagen Sie den Arbeitskräftemangel und die Zuwanderung. Ist das nicht ein Widerspruch? Doch. Ich glaube aber, dass der Arbeitskräftemangel die grössere Herausforderung für unser Land ist. Denn wenn wir nicht genügend Leute für unsere Stellen finden, werden wir unser Wohlstandsniveau mit der Zeit nicht mehr halten können. Deshalb müssen wir dieses Problem prioritär anpacken.

Eine andere Herausforderung ist der Wolf. Sie sind Jäger. Wann gehen Sie auf Wolfsjagd? Im Tessin waren bisher die Wildhüter für die Regulierung zuständig. Die Jäger wurden nicht miteinbezogen. Sollte sich das ändern, würde ich mich anmelden. Warum? Weil die Situation ausser Kontrolle geraten ist. In den Berggebieten verursachen die Wölfe mittlerweile viel zu viele Probleme. Die Schutzmassnahmen, welche die Bauern ergreifen müssen, stehen in keinem Verhältnis mehr. Die Abschussaktion von Bundesrat Albert Rösti war deshalb ein Schritt in die richtige Richtung. Ich wäre für noch weitere Massnahmen. Wie weit? Schon Rösti wurde heftig kritisiert. Damit muss man als Bundesrat rechnen. Provokativ gesagt, brauchen wir keine Wölfe in der Schweiz. Mir ist klar, dass dies nicht umsetzbar ist. Aber 300 Wölfe wie heute sind definitiv zu viel. 20 bis 30 würden reichen. Der Rest sollte zum Abschuss freigegeben werden. Das ist extrem.

Nein, wir brauchen wieder mehr wolfsfreie Zonen. Ich stehe in dieser Frage klar auf der Seite der Bergbauern. Diese leisten aus meiner Sicht mehr für die Biodiversität als die Wölfe. Als Gewerbeverbandspräsident sind Sie weniger angrifflos als beim Wolf. Warum? Weil die Jagd eine persönliche Angelegenheit ist. Beim Gewerbeverband kann ich kein Hardliner sein, weil ich auf unterschiedliche Meinungen Rücksicht nehmen muss.

Sprechen wir noch über Ihre Partei. Ist es richtig, dass Präsident Gerhard Pfister die Mitte als dritten Pol zwischen links und rechts etablieren will? Die Positionierung der Mitte ist Sache der Parteileitung. Geri Pfister ist ein ausgezeichnete Präsident, die Resultate bei den letzten Wahlen sind der beste Beweis dafür. Aber ich habe wirtschaftspolitisch eine etwas andere Ausrichtung. Warum? Ich mache bürgerliche Politik. Ich vertrete die Wirtschaft und im Speziellen KMU. Deshalb verorte ich mich nach wie vor im Lager der Bürgerlichen. Als Gewerbeverbandspräsident können Sie sich nichts anderes leisten, sonst verlieren Sie die Unterstützung der Mitglieder aus SVP und FDP. Es stimmt, unser Verband vertritt explizit bürgerliche Positionen. Da kann es von Fall zu Fall Differenzen mit der eigenen Partei geben. Aber das ist bei Bauernpräsident Markus Ritter nicht anders. Das gehört dazu. Bei der Kostenbremseinitiative der Mitte gibt es eine Differenz. Der Gewerbeverband ist dagegen. Und Sie? Darf ich den Joker ziehen? Spass beiseite, ich persönlich unterstütze die Initiative. Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist ein Problem, das wir anpacken müssen. Dieser Ansicht ist auch der Gewerbeverband. Er findet den Ansatz der Initiative jedoch falsch. Ich respektiere diese Haltung. Deshalb werde ich mich im Abstimmungskampf zurückhalten.